

Conception : BANQUE ELVi

emlyon BS – ESCP BS – ESSEC – HEC Paris

LANGUE VIVANTE A

FILIÈRE ÉCONOMIQUE et COMMERCIALE et FILIÈRE LITTÉRAIRE

Mardi 2 mai 2023, de 14 h. à 18 h.

ALLEMAND – ANGLAIS – ESPAGNOL

Durée : 4 heures

N.B. :

Les candidats ne sont pas autorisés à modifier le choix effectué lors de l'inscription de la langue vivante A dans laquelle ils doivent composer.

Aucun document n'est autorisé ; l'utilisation de toute calculatrice ou de tout matériel électronique est interdite.

Si au cours de l'épreuve, un candidat repère ce qui lui semble être une erreur d'énoncé, il la signalera sur sa copie et poursuivra sa composition en expliquant les raisons des initiatives qu'il sera amené à prendre.

ALLEMAND

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- Document 1 - Die deutsch-französischen Beziehungen brauchen einen Neustart, Handelsblatt, 26.10.2022
- Document 2 - Der deutsch-französische Motor stottert, Neue Zürcher Zeitung, 21.10.2022
- Document 3 - « La France et l'Allemagne ont des intérêts vitaux communs, laissons de côté les récriminations réciproques », Le Monde 26. 10. 2022
- Document 4 - Abbildung 1, dpa
- Document 5 - Abbildung 2, Handelsblatt
-

I - COMPRÉHENSION: RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondez en allemand à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Warum steht es aktuell schlecht um die deutsch-französischen Beziehungen?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondez en allemand à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%) en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant votre opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde germanique

Welche Visionen hätten Sie, um der deutsch-französischen Partnerschaft eine neue Dynamik zu verleihen? Geben Sie mindestens zwei konkrete Beispiele an und führen Sie diese aus.

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ALLEMAND (THÈME)

Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets [.....]

Text 1: Die deutsch-französischen Beziehungen brauchen einen Neustart

Die Konflikte zwischen Berlin und Paris müssen offen diskutiert werden. Statt Freundschaftsrhetorik ist vor allem mehr Ehrlichkeit im Umgang erforderlich.

von Gregor Waschinski, Handelsblatt, 26.10.2022

Im Januar wollen Deutschland und Frankreich den 60. Jahrestag des Élysée-Vertrags feiern. Doch die Konflikte vor dem Jubiläum zeigen: Die Beziehung beider Länder befindet sich auf einem Tiefpunkt und braucht dringend einen Neustart. Dazu müssen sich Deutschland und Frankreich von dem Geist verabschieden, den der Élysée-Vertrag atmet: So richtig es war, in der Nachkriegsgeschichte die Versöhnungserzählung über zwei frühere Erzfeinde in den Mittelpunkt zu stellen, so überholt¹ wirkt dieses Narrativ in den 2020er-Jahren.

Die unterschiedlichen Interessen lassen sich nicht mehr mit dem deutsch-französischen Freundschaftscredo wegwischen. Für ein neues Kapitel der Partnerschaft ist ein besseres gegenseitiges Verständnis der Unterschiede nötig.

Beispiel Sicherheitspolitik: Frankreich schwebt eine europäische Verteidigungsgemeinschaft vor, mit autonomen Fähigkeiten im Rüstungsbereich. Dabei hat Paris natürlich auch die Interessen seiner Rüstungsfirmen im Blick. In Deutschland hat das Sicherheitsverständnis eine transatlantische Komponente. Schnell ist in Berlin aber auch in Vergessenheit geraten, dass noch vor zwei Jahren unter Donald Trump die Zweifel an der Verlässlichkeit der USA groß waren.

Beispiel Energie: Die Bundesrepublik hat mit ihrer Abhängigkeit von russischem Gas zur Energiekrise in Europa beigetragen. Mit der an Häme² grenzenden Kritik an den französischen Atomkraftwerken hat sich Deutschland keinen Gefallen³ getan. Übersehen wird oft, dass sowohl Frankreich als auch Deutschland große Investitionen in erneuerbare Energien planen. Das Ziel muss eine klimaneutrale Wirtschaft sein, die möglichst wenig auf Energiezufuhr aus anderen Weltregionen angewiesen ist.

Beispiel Staatsfinanzen: Frankreich hat über die Verhältnisse gelebt⁴ – auch wenn keine Krise war, die massive Ausgaben rechtfertigte. Paris kritisiert nun, dass Deutschlands Schutzschirm für seine Industrie in der Energiekrise den Wettbewerb zu verzerren⁵ drohe. Dass Berlin die Milliarden zur Verfügung stehen, hat aber auch mit der deutschen Haushaltspolitik zu tun. Zudem gibt Frankreich ebenfalls viel Geld gegen die hohen Energiepreise aus – davon profitieren dort aber eher die Haushalte als die Unternehmen.

¹ überholt = altmodisch

² Häme = Schadenfreude

³ sich keinen Gefallen tun = keine gute Entscheidung treffen

⁴ über die Verhältnisse gelebt - mehr Geld ausgeben als man hat

⁵ den Wettbewerb verzerren = die Wettbewerbsbedingungen nicht respektieren

Schließlich die Wirtschaftsmodelle: Deutschland baut als Exportnation auf offene Weltmärkte. Frankreich versucht eher, die Industrie vor widrigen⁶ globalen Bedingungen abzuschirmen. Die französische Forderung, dass sich die Handelsmacht Europa robuster verteidigen muss, ist jedoch mit Blick auf den zunehmenden Protektionismus in China und auch in den USA nicht falsch.

Die Differenzen sind keine Katastrophe, das deutsch-französische Fundament ist weiterhin stark. Dennoch ist die Neuverortung⁷ der Beziehungen unerlässlich. Die Richtschnur muss lauten: weniger Romantik, mehr Realismus. Weniger Vergangenheit, mehr Zukunft – was natürlich keineswegs bedeutet, dass Kanzler und Präsidenten nicht auch weiterhin Kränze zum Gedenken an die Kriegstoten in Verdun niederlegen.

Text 2: Der deutsch-französische Motor stottert⁸

von Rewert Hoffer, Rudolf Balmer, Neue Zürcher Zeitung, 21.10.2022 (NB: Die schweizerdeutsche Sprache verfügt über kein ß).

Einmal ist von einem Motor, ein andermal von einem Tandem die Rede. Welche Metapher man für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auch wählt, eins ist klar: Die deutsch-französische Partnerschaft treibt Europa voran. Doch das Paar steckt gerade in einer handfesten Beziehungskrise. [...]

In Paris werden mehrere der jüngsten Initiativen des deutschen Kanzlers Olaf Scholz als nationaler Krisenmanager als ein Verstoss gegen das Gebot der europäischen Solidarität empfunden: Mit seinem 200 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm gegen die hohen Energiepreise habe Deutschland die Gasimporte und damit auch die Preise in die Höhe getrieben. Frankreich ist nicht das einzige EU-Land, das das Entlastungspaket⁹ als unsolidarisch kritisiert. Auch Ungarn und Italien äusserten Sorge über die Gefahr einer Verzerrung des Wettbewerbs. Macron pochte kürzlich in einem Interview auf «europäische Lösungen», womit wohl eine gemeinsame Schuldenaufnahme gemeint ist.

In der deutschen Opposition ist die Kritik an der kurzfristigen Absage der Regierungskonsultationen harsch¹⁰. Der CDU-Abgeordnete Norbert Röttgen, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, sagt der NZZ: «Der grosse Fehler von Scholz war, ohne vorherige europäische Konsultation 200 Milliarden Euro protzig ins Schaufenster zu stellen¹¹.» In Frankreich habe dies zu Ängsten geführt, dass die enorme staatliche Unterstützung der deutschen Gasverbraucher in anderen Ländern zu Knappheit und noch höheren Preisen führe. «Das Vorgehen der deutschen Regierung zeugt von psychologischer und kommunikativer Inkompetenz», sagt Röttgen. Es sei problematisch, dass Deutschland und Frankreich offenkundig nicht mehr miteinander redeten. «Die

⁶ widrige = schwierige

⁷ die Neuverortung = neue Positionierung

⁸ der Motor stottert = er funktioniert nicht gut

⁹ das Entlastungspaket = finanzielle Hilfe der Bundesregierung

¹⁰ harsche Kritik = starke Kritik

¹¹ protzig ins Schaufenster stellen = mit Arroganz ankündigen

gegenwärtige Sprachlosigkeit im deutsch-französischen Verhältnis ist in einer Zeit, die von Krieg in Europa geprägt ist, eine Katastrophe», meint der CDU-Aussenpolitiker.

Ein genuin deutsch-französisches Energieproblem ist der Ausbau der Midcat-Gaspipeline. Diese soll Erdgas aus Nordafrika über die Iberische Halbinsel und Frankreich nach Deutschland liefern. Spanien und Deutschland waren sich eigentlich schon handelseinig, doch Paris legt das Projekt nun auf Eis. Wie Macron auf dem EU-Gipfel am Donnerstag mitteilte, wird die Pipeline nicht kommen. Dies habe er in Absprache mit Spanien und Portugal beschlossen. Paris stoppt auch aus eigenen Interessen die Pläne für die Pipeline. Denn Frankreich möchte ebenso wie Spanien zum Hub für Flüssiggas (LNG) werden. Nach Deutschland soll zukünftig bestenfalls LNG aus den Terminals in Fos-sur-Mer, Le Havre und Dünkirchen fließen. Allerdings wolle er mit dem Pipeline-Aus auch verhindern, dass sich Deutschland in Europa isoliere, so Macron weiter. [...]

Auf dem Feld der Energiepolitik ist die Lage paradox. Berlin und Paris werfen sich gegenseitig nationale Alleingänge zulasten der europäischen Solidarität vor: Frankreich kritisiert den «Doppelwumms»¹² von Scholz, Deutschland ist verärgert über Frankreichs Blockade der Pipeline. «Im Moment höre ich oft, dass wegen der Energiepolitik viel Misstrauen in den deutsch-französischen Beziehungen herrscht», sagt der Frankreich-Experte Jakob Ross.

Während die Energiekrise der Hauptschauplatz der Streitigkeiten ist, brechen auf dem Feld der Verteidigung alte Meinungsverschiedenheiten wieder hervor. Bereits seit Jahren kommt das gemeinsame Luftkampfsystem FCAS nicht vom Fleck¹³. Hier haben Paris und Berlin noch immer keine Einigung gefunden, was wohl einer der Gründe für die Verschiebung des Ministerrats war. «In Kriegszeiten öffentlich zu verkünden, dass das FCAS weiterhin in der Schwebelage hängt, wäre ein Sargnagel¹⁴ für jede Form von eigenständiger europäischer Rüstungspolitik», meint Ronja Kempin, Verteidigungsexpertin von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Zudem sei Frankreich weiter erbost über das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. «Denn Deutschland kauft nun sehr schnell die auf dem Markt verfügbaren Rüstungsgüter ein, welche meist aussereuropäischer Herkunft sind. Prominente Beispiele sind die F-35-Kampfflugzeuge aus den USA und ein israelisches Raketenabwehrsystem», sagt Kempin. Die Franzosen hätten sich dagegen einen stärkeren Impuls für langfristige europäische Rüstungsprojekte erhofft. Valérie Hayer, EU-Abgeordnete der Macron-Partei Renaissance, wählt in der französischen Wirtschaftszeitung «Les Échos» klare Worte: «Germany first? Deutschland wählt den Alleingang, und dabei existieren in dem Bereich der Flugabwehrraketen europäische Projekte.» [...]

Auch sonst fühlt sich Frankreich von Deutschland übergangen. Am Donnerstag vergangener Woche hat Deutschland am Nato-Ministertreffen das Projekt eines europäischen Flugabwehrsystems vorgestellt. Gemeinsam mit 14 vornehmlich ost- und mitteleuropäischen Partnern sollen nun Waffensysteme gekauft werden. Doch ein Partner war nicht mit an Bord: Frankreich. «In rüstungspolitischen Fragen driften¹⁵

¹² der «Doppelwumms» ist eine finanzpolitische Initiative vom Bundeskanzler in Höhe von 200 Mrd €

¹³ nicht vom Fleck kommen = nicht vorankommen

¹⁴ „Sargnagel“, gemeint ist das Ende

¹⁵ auseinander driften = sich voneinander entfernen

Deutschland und Frankreich momentan eher auseinander, als dass sie aufeinander zugehen», resümiert Kempin die Lage.

Neben den rüstungs- und energiepolitischen Differenzen geht es Paris auch um etwas Grundsätzliches. Macron hat Angst, dass sich Deutschland wegen des Ukraine-Kriegs immer enger an die Osteuropäer anlehnt und Frankreich somit an Einfluss verliert. Seit Kriegsausbruch signalisiert Deutschland den Balten und Polen immer wieder, dass es eng an ihrer Seite stehe. Auch das ist ein Grund für den Kauf von amerikanischen Kampfflugzeugen: Diese erlauben die Interoperabilität mit den Partnern im Osten. «Dass sich Deutschland enger an Osteuropa anlehnt, ist eine alte französische Angst im Rahmen der europäischen Integration. Die Entscheidung für das Flugabwehrsystem hat in Frankreich den Eindruck verstärkt, dass man sich in Berlin von Paris distanzieren möchte», sagt Jakob Ross. Nun versuchen beide Regierungen noch zu retten, was zu retten ist. Unmittelbar vor Beginn des EU-Gipfels in Brüssel am Donnerstag trafen sich Scholz und Macron zu Gesprächen.

Mit der Absage des Ministerrats ist der länger schwelende¹⁶ deutsch-französische Konflikt nun an die Oberfläche gekommen. Für die Osteuropäer ist der stotternde deutsch-französische Motor ein weiterer Machtgewinn. Für Europa ist das Zerwürfnis¹⁷ in Zeiten des Kriegs hingegen ein Verlust.

Text 3 :

Bitte übersetzen Sie nur die **fettgedruckten** Teile in [...].

« La France et l'Allemagne ont des intérêts vitaux communs, laissons de côté les récriminations réciproques » Le Monde 26/10/2022

Les tensions entre Paris et Berlin doivent être mises de côté afin de répondre aux nombreux défis qui se posent pour l'Europe, prévient Frank Baasner, directeur de l'Institut franco-allemand de Ludwigsbourg, dans une tribune au « Monde ».

(...) [Alors que faire ? Pratiquer un exercice délaissé, l'écoute en profondeur, en prenant le temps nécessaire pour aller au-delà d'une perspective de court terme.]
Dans la coopération franco-allemande, un précédent existe qui pourrait nous inspirer : après le sommet européen de Nice, catastrophique, en 2001, le chancelier Gerhard Schröder et le président Jacques Chirac avaient inventé le « processus de Blaesheim », des réunions informelles en tout petit comité qui se tenaient toutes les six semaines environ et qui ont permis de restaurer la convergence.

Laissons de côté les récriminations réciproques. L'Allemagne n'a pas vraiment répondu aux offres politiques d'Emmanuel Macron depuis 2017, comme la France avait ignoré celles de l'Union chrétienne-démocrate (CDU) en 1994 ou du ministre des affaires étrangères allemand Joschka Fischer en 2000. La vérité est que, depuis la chute du mur de Berlin, nous avons certes pris un nombre important de décisions fondamentales en

¹⁶ schwelend = latent

¹⁷ das Zerwürfnis = der Konflikt

Europe (la création de l'Euro, l'élargissement à l'Est qui a mis des pays à l'abri de la zone d'influence soviétique ou encore plus récemment le plan de relance NextGenerationEU), mais sans revoir assez le plan d'ensemble ni donner assez de souffle à l'Union européenne (UE).

[Les deux systèmes économiques et financiers, dont on connaît les différences, peinent à s'adapter aux exigences actuelles, en France comme en Allemagne. Sur la discipline budgétaire, depuis vingt ans, la France – tous gouvernements confondus – ignore largement ses engagements européens. Elle a perdu des pans entiers de son industrie, doit améliorer ses performances éducatives, élargir les cohortes au travail. Le résultat est qu'elle a aujourd'hui moins de marges de manœuvre budgétaires que l'Allemagne.]

Mais le modèle allemand, fondé notamment sur des industries carbonées ou polluantes (voitures, chimie), hautement dépendant du gaz russe et de la Chine, est aussi en péril. C'est pourquoi l'Allemagne ne peut pas décider seule en matière énergétique, ni sur l'avenir de son économie. La question-clé est de savoir comment le marché unique peut offrir à nos entreprises et à nos emplois une base arrière solide. C'est l'avenir de la justice sociale qui est en jeu dans un monde non seulement ultra-compétitif mais tendant vers la guerre, comme les Français le perçoivent avec plus d'acuité.]

https://www.lemonde.fr/international/article/2022/10/25/la-france-et-l-allemande-ont-des-interets-vitaux-communs-laissons-de-cote-les-recriminations-reciproques_6147181_3210.html

Documents 4 et 5 :



Abbildung 1 (Foto: Michael Kappeler/dpa)

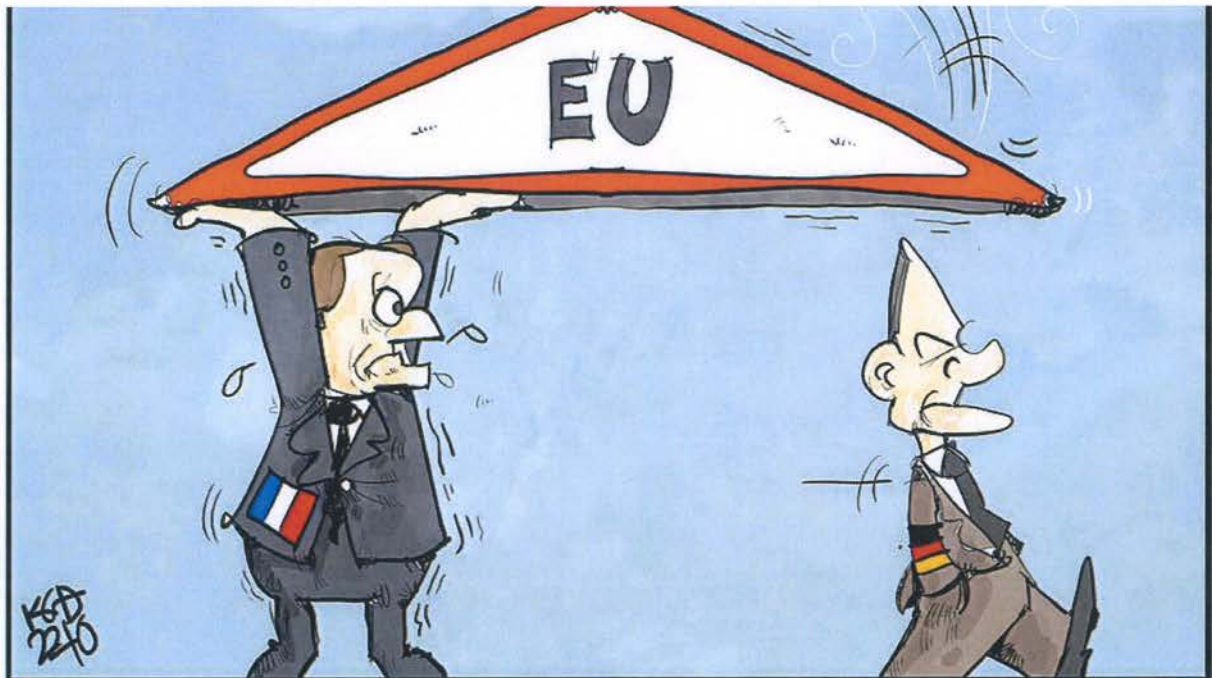


Abbildung 2: Emmanuel Macron und Olaf Scholz

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron trägt die EU, während Olaf Scholz andere Wege geht.

(Foto: Kostas Koufogiorgos), Handelsblatt 24.10.2022

ANGLAIS

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** - *After the Queen, what is Britain?*
- **Document 2** - *Mourn the Queen, not her Empire*
- **Document 3** - *Inoxydable Monarchie Britannique*
- **Document 4 - Image** - *YouGov Republic Survey results*
- **Document 5 - Image** - *Republic.org.uk*

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondez en anglais à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Question : According to the authors of documents 1 and 2, what is the legacy of Queen Elizabeth II?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondez en anglais à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant votre opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde anglophone.

Question : In your opinion, will the British monarchy survive the current challenges to its existence or not?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ANGLAIS (THÈME)

*Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets [.....]
200 mots (+ ou - 10%)*

Translate into English from "Ayant arpenté..." to "...besoin d'un remontant."

Document 1 : “After the Queen, what is Britain?”, Neal Ascherson, *The Atlantic*, September 11, 2022

It wasn't exactly a shock. The ancient and beloved Queen, who had reigned much longer than most of her subjects had lived, was 96 and visibly failing. Leaning on a stick, she managed a smile last week as she invited Liz Truss, Britain's new prime minister, to form a government. And within 48 hours, she was dead. [...]

With her passing, the deepest-laid question is exposed: What is Britain?

Elizabeth II kept Britain going, in the sense that English people, who comprise roughly 80 percent of Britain's population, looked into her mirror and saw a multiple United Kingdom, a nation whose “family” (to use her word) reached across distant continents and oceans. But to many Scottish or Welsh people, England, Scotland, and Wales are the nations, and the U.K. is the state that incorporates them. The Crown itself has helped disguise an often overbearing Englishness as British. And with the Queen's departure, the fissures papered over by this mystification of an overarching British identity are bound to widen. [...]

Initially, little will change. The new King Charles III faces months of gaudy English pageantry—heralds trumpeting, golden state coaches, full-dress military parades, a funeral, a coronation—before he can get down to work. He has made an unexpectedly confident start, but, despite dalliances with environmental issues and the like, he is hardly the rebel. He is unlikely to separate the monarchy from its bizarre financial, legal, and constitutional privileges, which include exemption from laws affecting royal income or estates and the right—long disused but still on the books—to fire a government. The Queen's reign was—for England, above all—a long, tranquilizing slumber. But waking up, a far less deferential people, far more willing to challenge power, faces two linked emergencies.

One is territorial; the other is constitutional. First, King Charles's United Kingdom shows signs of breaking up. The national assemblies in Scotland and Wales—the former ruled by a Scottish National Party majority, the latter by a Labour Party one—have been overruled for more than a decade by Tory governments in London that owe their electoral mandate to the U.K.'s English populace. This is not a sustainable partnership, and the independence movements grow stronger. In Northern Ireland, the recent electoral victory of the nationalist Sinn Fein party is an indication that, sooner or later, the province will probably quit the United Kingdom for a united Ireland (and for membership in the European Union). [...]

Britain's unwritten constitution is profoundly monarchical—not because a hereditary king or queen is head of state but because it embodies an antique idea of absolute authority. After the Glorious Revolution of 1688, England overthrew royal absolutism—ending, once and for all, the supposed “divine right of kings”—but then transferred that absolute power to Parliament. The archaic English doctrine of parliamentary sovereignty means that, in theory, a prime minister with a House of Commons majority can impose their will, unhindered by any bill of rights.

The Enlightenment concept of popular sovereignty, of power leased upward from below, is alien to English-dominated British governance. Power in this old country still flows from the top down. The system is almost designed for tyrants, yet politicians over the years have hung democratic drapery (universal suffrage, free speech, independent judiciary) over this autocratic armature. Today, that compromise is looking threadbare.

A less reflexively respectful generation has watched recent British governments trample over the conventions supposed to constrain executive power, most conspicuously during the Brexit debates, when Boris Johnson illegally attempted to shut down Parliament with a “prorogation.” The Elizabethan years assured the people that Britain remained a good, sound country, in spite of many a crisis, under the blessing of its monarchy. They are no longer so sure. They want more rights, more control, less advice to be quiet and keep believing. [...]

Elizabeth II tried to preserve the mystery cult of the Crown but ended up being loved and revered for the person she was. Dangerous! The mirror of monarchy then loses its enchantment. If the symbols of the sovereign matter less than the mortal who wears them, Charles III will reign unprotected except by his own merits. If he or a successor stumbles and falls, the Crown—the monarchy itself—might fall with them.

Document 2 : “Mourn the Queen, not her Empire”. Maya Jasanoff, *New York Times*, September 8, 2022

[...] The queen embodied a profound, sincere commitment to her duties — her final public act was to appoint her 15th prime minister — and for her unflagging performance of them, she will be rightly mourned. [...] But we should not romanticize her era. For the queen was also an image: the face of a nation that, during the course of her reign, witnessed the dissolution of nearly the entire British Empire into some 50 independent states and significantly reduced global influence. By design as much as by the accident of her long life, her presence as head of state and head of the Commonwealth, an association of Britain and its former colonies, put a stolid traditionalist front over decades of violent upheaval. As such, the queen helped obscure a bloody history of decolonization whose proportions and legacies have yet to be adequately acknowledged. [...]

In recent years, public pressure has been building on the British state and institutions to acknowledge and make amends for the legacies of empire, slavery and colonial violence. In 2013, in response to a lawsuit brought by victims of torture in colonial Kenya, the British government agreed to pay nearly 20 million pounds in damages to survivors; another payout was made in 2019 to survivors in Cyprus. Efforts are underway to reform school curriculums, to remove public monuments that glorify empire and to alter the presentation of historic sites linked to imperialism.

Yet xenophobia and racism have been rising, fueled by the toxic politics of Brexit. Picking up on a longstanding investment in the Commonwealth among Euroskeptics (both left and right) as a British-led alternative to European integration, Mr. Johnson’s government (with Liz Truss, now the prime minister, as its foreign secretary) leaned into a vision of “Global Britain” steeped in half-truths and imperial nostalgia.

The queen’s very longevity made it easier for outdated fantasies of a second Elizabethan age to persist. She represented a living link to World War II and a patriotic myth that Britain alone saved the world from fascism. She had a personal relationship with Winston Churchill, the first of her 15 prime ministers, whom Mr. Johnson pugnaciously defended against well-founded criticism of his retrograde imperialism.

And she was, of course, a white face on all the coins, notes and stamps circulated in a rapidly diversifying nation: From perhaps one person of color in 200 Britons at her accession, the 2011 census counted one in seven.

Now that she is gone, the imperial monarchy must end too. It's well past time, for instance, to act on calls to rename the Order of the British Empire, a distinction that the queen has bestowed on hundreds of Britons every year for community service and contributions to public life. The queen served as head of state in more than a dozen Commonwealth realms, more of which may now follow the example of Barbados, which decided "to fully leave our colonial past behind" and become a republic in 2021. The queen's death could also aid a fresh campaign for Scottish independence, which she was understood to oppose. Though Commonwealth leaders decided in 2018 to fulfill the queen's "sincere wish" and recognize Prince Charles as the next head of the Commonwealth, the organization emphasizes that the role is not hereditary.

Those who heralded a second Elizabethan age hoped Elizabeth II would sustain British greatness; instead, it was the era of the empire's implosion. She will be remembered for her tireless dedication to her job, whose future she attempted to secure by stripping the disgraced Prince Andrew of his roles and resolving the question of Queen Camilla's title. Yet it was a position so closely linked to the British Empire that even as the world transformed around her, myths of imperial benevolence persisted. The new king now has an opportunity to make a real historical impact by scaling back royal pomp and updating Britain's monarchy to be more like those of Scandinavia. That would be an end to celebrate.

Document 3 : "Inoxydable Monarchie Britannique", *Le Monde diplomatique*, Décembre 2020

[Ayant arpenté les rues en liesse de Londres le jour du couronnement de la reine, en 1953, les sociologues Michael Young et Edward Shils qualifièrent l'événement de « grand acte de communion nationale ». Il prenait tout son sens, écrivaient-ils, en tant qu'« expérience non individuelle, mais collective », qui fédérait des milliers de familles dans une ferveur populaire rappelant la célébration de la victoire sur l'Allemagne nazie. L'air vibrait de chaleur humaine ; même les pickpockets avaient cessé le travail, et il régnait un esprit de fraternité qui aurait fait horreur à « ceux qui ont le biais rationaliste des gens instruits de notre époque, surtout ceux d'une disposition politique radicale ou libérale ».

Aujourd'hui, alors que les inégalités ne cessent de se creuser au Royaume-Uni, la monarchie semble avoir conservé sa popularité. Presque deux Britanniques sur trois approuvent son existence. Ils ne sont que 22 % à souhaiter sa disparition, les plus hostiles étant les Écossais. Étonnant paradoxe : quand les temps sont durs, la famille royale paraît servir de dérivatif ou de consolation. Lors des noces royales des dix dernières années, il s'est toujours trouvé un badaud pour clamer que le moral de la nation avait besoin d'un remontant.]

[...]

La monarque au règne le plus long de l'histoire de l'Angleterre incarne une certaine forme d'intemporalité. Du démantèlement de l'Empire au référendum sur le Brexit (2016) en passant par le mouvement punk, seul son âge a changé. De nos jours, elle porte des fourrures synthétiques, préférées aux véritables, mais, dans le fond, la reine est l'histoire conservée dans de la glace. Elle apparaît de temps en temps, lors de catastrophes, pour rassurer son peuple. Dans un discours prononcé au début du premier confinement dû à la pandémie de Covid-19, en mars, elle évoqua, les traits figés, la chanson de guerre de Vera Lynn *We'll Meet Again* (« Nous nous retrouverons »).

La continuité est une valeur chère aux monarchistes. Dans ses *Réflexions sur la Révolution de France de 1790*, le philosophe Edmund Burke comparait la fièvre révolutionnaire du camp des

Lumières aux dispositions plus mesurées de ses collègues et compatriotes. « De telles cabales n'existent pas en Angleterre », où la Constitution émane de la « simplicité de notre caractère national », affirmait-il [...]

Document 4 : YouGov Republic Survey results, December 2022

YouGov / Republic Survey Results



Sample Size: 1690 adults in GB
Fieldwork: 14th - 15th December 2022

Do you think we should keep the monarchy, or abolish it?

- We should keep the monarchy **1**
- We should abolish the monarchy **2**
- Don't know **3**

	Vote in 2019 GE			EU Ref 2016		Gender		Age				Social Grade		Region					
Total	Con	Lab	Lib Dem	Remain	Leave	Male	Female	18-24	25-49	50-64	65+	ABC1	C2DE	London	Rest of South	Midlands / Wales	North	Scotland	
1690	553	409	144	595	629	818	872	177	698	417	397	963	727	204	566	365	407	147	
%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1	60	84	50	56	55	76	58	63	35	54	67	76	60	60	51	65	66	58	50
2	25	10	34	28	31	15	28	22	34	30	22	15	26	23	35	20	23	26	32
3	15	6	15	16	13	9	14	15	31	16	11	8	14	16	13	16	11	16	19

Document 5 : Republic.org.uk



ESPAGNOL

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** - Carlos Peña, "La propuesta del Presidente Boric", El Mercurio, Chile, 13 de noviembre de 2022.
- **Document 2** - Jaime Huenchuñir, "Mapuches, ¿qué quieren?", *La Tercera*, Chile, 28 de octubre de 2022.
- **Document 3** - Florian Louis, « "En Équateur, il se passe constamment des choses étonnantes", une conversation avec Philippe Descola », *Le Grand Continent*, Paris, 22 juillet 2022.
- **Document 4** - "Aquí el pueblo manda y el gobierno obedece"
- **Document 5** - "Porcentaje de población indígena"

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondez en espagnol à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Question 1: *Tomando en cuenta los documentos 1 y 2, ¿qué elementos resaltan los autores sobre la inclusión del pueblo mapuche en la ciudadanía chilena?*

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondez en espagnol à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant votre opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde hispanophone.

Question 2 : *¿Qué opinión le merece la integración de los pueblos originarios en los Estados latinoamericanos?*

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ESPAGNOL (THÈME)

*Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets et soulignée [.....]
200 mots (+ ou - 10%)*

Traducir al español de "Une évolution frappante... à ... des documents publics soient rédigés dans ces langues."

Document 1

La propuesta del presidente Boric

¿Tiene sentido la propuesta del Presidente de crear una Comisión para resolver, o comenzar a resolver, las demandas del pueblo mapuche y pacificar de esa manera la vida en La Araucanía?

La primera reacción frente a ella es el escepticismo. Comisiones ha habido muchas, se han escrito centenares de páginas, decenas de propuestas, y los documentos están allí, en un cajón o circulando en la web, esa forma contemporánea del olvido. De otra parte, se ha dicho, se han expropiado y luego distribuidos miles de hectáreas y las demandas no se satisfacen y los reclamos no cesan. ¿Para qué insistir entonces en lo mismo? ¿No será esa una manera inconfesada de postergar el problema, de sumirlo en la arena movediza del tiempo hasta apaciguarlo?

Por supuesto sería absurdo negar que el escepticismo tiene buenos fundamentos de su lado.

Pero, bien mirado, hay razones para eludirlo. La novedad de una iniciativa no depende de sí misma, sino de las circunstancias en medio de las que se promueve. Y quizá ese sea el caso de esta iniciativa del Presidente Boric. [...]

La iniciativa tiene, desde luego, el tiempo de su lado. Desde fines de la dictadura y principios del gobierno del Presidente Aylwin, comenzó a expandirse la conciencia de que los mapuches eran un sujeto con una identidad y una memoria propias, y que ello no quedaba bien descrito cuando se los veía como bárbaros (como los trató una parte de la historiografía del diecinueve); ni cuando se les trataba como un campesinado o parte del proletariado, bajo el concepto de clase (como fue el discurso de la izquierda hasta el 73); ni tampoco cuando solo se les halagaba recordando su pasado guerrero (como tantas veces lo hizo la dictadura). Hoy la sociedad chilena (y el debate constitucional lo mostró) está de acuerdo en que se trata de un sujeto que, a pesar de la aculturación forzada, sigue poseyendo una identidad propia -no arcaica, pero propia- y una memoria distinta a la de aquellos que no pertenecen a ese pueblo.

Hay pues una demanda del pueblo mapuche por el reconocimiento en todos los planos; pero también una conciencia de la sociedad chilena acerca de la diversidad de su propia genealogía.

El problema entonces no es solo del pueblo mapuche que anhela satisfacer sus demandas históricas, sino de la sociedad chilena en su conjunto que espera que la relación con ese pueblo, y los otros pueblos originarios, esté a la altura de la comprensión que ella tiene hoy de sí misma como una sociedad plural y diversa, respetuosa de la identidad de quienes la componen, y preocupada de corregir las desventajas inmerecidas que padecen sus miembros. No es correcto ver este problema como uno cuya solución demanda el pueblo mapuche, puesto que es la comprensión de la sociedad chilena acerca de los valores que hoy la constituyen la que la reclama.

Y reclama una solución en tres planos que, aunque distintos, están relacionados.

Uno es el plano político. Hay que promover que en ese pueblo se forme una voluntad colectiva que pueda integrarse a la voluntad democrática de todos. Ello puede lograrse mediante escaños reservados o asegurando a esos pueblos la gestión autónoma de algunos aspectos de su vida colectiva. Esa es la única forma de aislar a los grupos violentos que abogan por la autonomía e integrar simbólicamente a ese pueblo a la búsqueda de un futuro compartido.

Otro es el plano de la justicia correctiva, consistente en la distribución de tierras u otras formas de compensación con base en criterios razonables e imparciales. Es verdad que no es posible retroceder el tiempo o corregir las heridas de la historia; pero siempre es posible hacer esfuerzos para corregir las desventajas distributivas que en medio de ella se han configurado.

Y el tercero es la justicia de la memoria, consistente en corregir reflexivamente, mediante un amplio debate cultural, los prejuicios acerca de esos pueblos. Ello podría ayudar a que esos pueblos corrijan también sus prejuicios acerca de la sociedad dominante.

Sí, es verdad. La propuesta presidencial repite otras varias que se han hecho el último tiempo; pero quizá ahí radique su valor: en que aspira a culminar un proceso histórico y político que se inició junto con la recuperación de la democracia hace casi exactamente... treinta años.

Carlos Peña, *El Mercurio*, Chile, 13 de noviembre de 2022.

Document 2

Mapuches, ¿qué quieren?

En 1825 se firma el tratado de Tapihue entre el naciente Estado chileno y el pueblo mapuche en el sur, que buscaba consolidar las confianzas entre la República y el poderoso pueblo de La Frontera, a través de un tratado que es esencialmente un TLC (tratado de libre comercio).

Sí, el pueblo mapuche siempre ha sido un pueblo con alta vocación productiva y comercial. Hasta esa fecha, eran indiscutidamente los amos y señores del comercio de la carne en todo el Cono Sur, exportando incluso a diversas partes del continente. Además de la codiciada industria textil mapuche y sus finos trabajos, que eran llevados a Europa; en esa época, un makün, o manta mapuche, costaba algunas cabezas de ganado.

Así como la orfebrería en plata y, claro, el comercio de la sal, muy apetecida en esa época, todo esto dejaba al pueblo mapuche y sus ulmen lonko un poder económico bastante fuerte, al punto de que muchos de los hijos de estos ulmen envían a los suyos a estudiar a los mejores internados del país, escuelas donde también se enseñaba el idioma del comercio, el mapudungun. De hecho, el hijo del virrey del Perú, un tal de Bernardo O'Higgins, estudió con muchos de ellos en uno de estos elitistas colegios de la época, donde además aprendió el mapudungun de forma fluida.

El gran sueño de O'Higgins era un Chile formado por una federación de dos Estados, el chileno y el mapuche, unificado; de ahí esos mapas en los que Chile tiene acceso al Atlántico, que más de alguno recuerda.

Para nuestros bisabuelos y tatarabuelos no existía contradicción entre ser próspero y al mismo tiempo tener conciencia de la importancia de cuidar nuestra tierra y medio ambiente; de hecho, es parte de nuestra cosmovisión. El concepto del buen vivir "kume mogen" es eso: estar/vivir bien, en lo interno y externo, en el lof (clan familiar), y en el entorno, que debe estar bien para que la comunidad también lo esté.

El estallido social fue la externalización del desequilibrio de toda una sociedad. Al igual que con el pueblo mapuche, el proceso para intentar equilibrar el país lamentablemente no estuvo conectado con el entorno, no supo leer a la sociedad chilena como un todo, desde sus diferentes territorios: norte, centro, sur y extremo sur; cada macro región con diferentes necesidades. Pero casi en común acuerdo, rechazaron contundentemente.

Esta desconexión brutal con las necesidades y aspiraciones de la gente, y la reacción a dicho desequilibrio, fue muy contundente en las comunas con mayor porcentaje mapuche, con niveles sobre el 80% para la opción Rechazo en localidades con más de un 70% de población del pueblo de Caupolicán.

En otras palabras, se confirma que el comunitarismo es un yugo que solo ha sembrado pobreza.

Hoy, gracias a los resultados de este plebiscito, se ha visibilizado esa brecha entre la dirigencia sobreideologizada y los diferentes clanes familiares mapuche en los diversos territorios. Por muy nobles que sean sus intenciones, se han invalidado, no supieron leer años de clamores desde las comunas rurales y sectores urbanos, gritos que decían ¡queremos trabajar!, ¡queremos desarrollo!; queremos mantener viva nuestra cultura y al mismo tiempo cuidar del medio ambiente con nuestros propios medios, sin depender de favores políticos de nadie; queremos dialogar y resolver los problemas pendientes, pero también queremos seguridad y vivir en paz.

O'Higgins tenía un sueño: un Chile unificado de chilenos y mapuches, próspero y poderoso en todo sentido; que seamos hermanos que compartimos una tierra y una historia, que el territorio sea seguro para todas las familias que lo habitamos, respetándonos y reconociéndonos, prosperando juntos, reconciliándonos históricamente y construyendo un futuro que está en nuestras manos hoy.

Jaime Huenchuñir¹, *La Tercera*, Chile, 28 de octubre de 2022

Document 3

Florian Louis, « "En Équateur, il se passe constamment des choses étonnantes", une conversation avec Philippe Descola », *Le Grand Continent*, Paris, 22 juillet 2022.

[...] Cela fait plus de quarante ans que vous fréquentez l'Équateur. Comment avez-vous vu évoluer le pays ?

[Une évolution frappante concerne la place des Amérindiens. Ils étaient complètement effacés de l'espace public dans les villes andines où on les voyait trotinant avec leurs divers costumes autochtones, ployant sous le poids d'énormes ballots. En Équateur il n'y a pas de racisme somatique. Mais il subsistait quand même une sorte de racisme culturel et de mépris pour les Amérindiens. Autrement dit, un Amérindien qui coupe sa natte, enlève son poncho et se met un costume, devient un citoyen ordinaire, un *mestizo* standard. Quand je suis arrivé, il n'était pas rare de voir un chauffeur de bus dire à un Amérindien de se lever pour laisser sa place à une dame qui venait de monter – jamais à d'autres passagers. Il n'y avait pas de ségrégation comme aux États-Unis, mais il paraissait évident à tous que les Amérindiens étaient des citoyens de seconde zone. Il y avait à leur égard un dénigrement culturel teinté d'exotisme. Cela a changé à la fois dans les comportements quotidiens et dans les institutions. Le quechua et le shuar par exemple ne sont pas des langues officielles, mais elles sont progressivement devenues des langues de

¹ Jaime Huenchuñir es el Presidente de la Confederación Económica Mapuche.

communication acceptées et il arrive que des panneaux ou des documents publics soient rédigés dans ces langues]. L'enseignement bilingue s'est aussi développé, et le droit coutumier autochtone commence à être pris en considération par les tribunaux.

Si j'avais encore une demi-douzaine de vies, j'aimerais faire une sorte d'ethnographie du pays, de la totalité de l'Équateur, pour comprendre ce qui rend ce pays si original. [...].

Document 4

AQUÍ EL PUEBLO MANDA. Y EL GOBIERNO OBEDECE

ZAPATISTAS

17 noviembre

- Inauguración
- Grupo musical "Pasifal"
- Dr. Carlos A. Ríos Gordillo
- Dr. Javier Hernández Alpizar

18 noviembre

- Padma García
- Colectivo "La Otra Salud"
- CNI- Purepechas-CDMX
- Película "LA VOCERA", de Luciana Kaplan

JORNADA ZAPATISTA

A 39 años de la fundación del EZLN

Auditorio K-001
10:00 a 14:00 hrs.

Coordinada: Dra. Carmen Carriño
Grupo de Sociología Rural

Arzapetzalco

Ilustración: Boromo, Jaramaz

Document 5

Fuente: *Statista Research Department*, 5 de agosto de 2022 en www.statista.com

Porcentaje de población indígena en países seleccionados de América Latina en 2021

